

Kampf gegen den Müll: Gegenwind für neues Konzept

Vertreter der Politik und der Stadtverwaltung kritisieren den Vorschlag

Von Rainer Breda

Hildesheim. Sie haben lange daran gesessen: Seit vier Jahren grübeln der Verein Nordstadt, MehrWert, das Beratungs- und Begegnungszentrum Broadway und die Gemeinwesenentwicklung Stadtfeld an einem Müllkonzept. Grüne, SPD und Linke werben nun im Rat und bei der Verwaltung um Unterstützung für das Vorhaben – vor allem durch einen Zuschuss von 25 000 Euro für einen Projektkoordinator. Im Stadtentwicklungsausschuss (Steba) ist die Idee jetzt auf Vorbehalt gestoßen – bei der CDU, aber auch bei Stadtbaurätin Andrea Döring.

Das Konzept solle der Vermüllung vorbeugen, warb Grünen-Fraktionschef Ulrich Rübiger für das Vorhaben, er und andere Grüne haben an dem Papier mitgearbeitet. Das sieht vier Bausteine vor: Aufklärung, Reaktion, Verfolgung/Kontrolle und die Kampagne Saubere Stadt.

Das Ganze ist als Modellversuch gedacht, losgehen soll die-

ser in der Oststadt einschließlich Stadtfeld, dem Fahrheitgebiet, in der Nordstadt und in Dripenstedt, der Testlauf soll drei bis fünf Jahre dauern. Bei der Finanzierung setzen die Initiatoren auf die Wohnungswirtschaft, das Jobcenter und andere; der Zweckverband Abfallwirtschaft (ZAH) ist nach ihrer Darstellung dazu bereit, als Träger aufzutreten und das Büro für den Koordinator einzurichten.

Mögliche Sponsoren erwarteten allerdings, dass auch die Stadt sich beteiligt, erklärte Rübiger im Steba. Umso wichtiger sei das Signal, das Konzept zu unterstützen – natürlich vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushaltsplan im Dezember. SPD-Ratsherr Felix von der Lieth setzte sich ebenfalls für den Vorschlag ein. „Es ein guter Ansatz, das Müll-Problem anzugehen, bevor es entsteht.“

Die übrigen Fraktionen reagierten skeptisch. So befürchtet CDU-Fraktionschef Ulrich Kümme, es könne sich um eine freiwillige Aufgabe handeln: „Dann haben wir ein Riesen-

problem.“ Hintergrund: Die Mittel dafür sind sehr begrenzt, es müsste anderes wegfallen.

Die Stadt solle lieber zwei Stellen mehr im Stadtreinigungsamt schaffen, sagte Kümme. Parteifreund Martin Eggers. AfD-Fraktionschef Ralf Kriesinger forderte, mehr Geld dafür einzusetzen, wilden Müll schneller zu räumen und die Suche nach den Verursachern zu intensivieren: „Hier wird eine teure Belehrungskampagne für 20 000 Menschen geplant, um gegen 200 Müllfrevler vorzugehen.“ Das stimme nicht, widersprach Linken-Vertreter Orhan Kara: Gerade viele Migranten wüssten einfach nicht, wie das Müll-System funktioniere. Daher sei es gut, Wissenslücken zu schließen.

Doch auch Baudezernentin Andrea Döring signalisierte Ablehnung. Der Ansatz sei zwar gut, das Rathaus mit den Initiatoren bereits im Gespräch. Die Stadt habe ihnen aber die Grenzen ihres Mitwirkens aufgezeigt.

So zählten Gefahrenabwehr

und Verkehrssicherheit in Sachen Müll zu den Pflichtaufgaben der Verwaltung, betonte Döring. Bei der Beratung handle es sich aber um eine freiwillige Aufgabe – und die könne die Stadt nicht leisten, ihr fehlten sowohl Geld als auch Mitarbeiter. „Damit Sie wissen, wo die Hacke am Stiel ist.“

Grünen-Vertreter Rübiger zeigte sich angesichts des Gegenwinds beeindruckt, verbotene aber manche Kritik auch als Missverständnis. So gehe es nicht darum, den Menschen ihren Müll hinterherzuräumen, sondern sie zu zu erziehen und ihnen ihre Verantwortung bewusst zu machen. Auch solle die Stadt vor allem ein Auge auf den Feinschliff am Konzept haben, diesen aber nicht selbst erledigen.

Die Entscheidung über das Projekt fällt voraussichtlich im Dezember. Rübiger kündigte gegenüber der HAZ an, sich mit den Initiatoren darum zu bemühen, die Zeit zu nutzen, um die Vorbehalte so weit wie möglich auszuräumen.